

Lebenserwartung: Grosse Unterschiede auch in Industrienationen

Beigesteuert von
Wednesday, 17 September 2008
Letzte Aktualisierung Wednesday, 17 September 2008

Soziale Ungerechtigkeiten und eine fehlgesteuerte Gesundheitspolitik sind weltweit für den Tod zahlreicher Menschen verantwortlich. Zu diesem Schluss kommt ein WHO-Bericht, der in Genf vorgestellt wurde.

Es bestehe eine "giftige Kombination" aus schlechtem Sozialversicherungsschutz, einem ungerechten wirtschaftlichen Gefüge und schlechten gesundheitspolitischen Massnahmen. Diese Ungerechtigkeiten "töten in grossem Massstab", heisst es in dem Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiter.

Es sei ein "Gebot der Ethik", die Ungleichheiten in Gesundheitssystemen zu bekämpfen, sagte Michael Marmot, der Vorsitzende der für den Bericht verantwortlichen WHO-Kommission.

Am stärksten betroffen sind erwartungsgemäss die Entwicklungsländer: In Niger erlebt jedes vierte Kind nicht einmal seinen fünften Geburtstag. In den reichen Industrieländern dagegen stirbt nur jedes 150. Kind in den ersten fünf Lebensjahren.

Eine Frau in Schweden hat ein Risiko von 1 zu 17 400, bei Schwangerschaft oder Geburt zu sterben, für eine Frau in Afghanistan liegt das Risiko dagegen 1 zu 8. Und die Lebenserwartung eines Mädchens in Lesotho liegt 42 Jahre unter der eines Mädchens in Japan.

Doch solche dramatischen Unterschiede betreffen nicht nur die Entwicklungsländer: So habe etwa ein Kind aus einem Vorort der schottischen Stadt Glasgow im Schnitt 28 Jahre weniger zu leben als ein Altersgenosse, der nur 13 Kilometer entfernt das Licht der Welt erblickt hat.

"Es gibt dafür keine biologische Erklärung", sagte Marmot. Allein soziale Gründe erklärten die unterschiedlich hohe Lebenserwartung selbst innerhalb einer Region: "Sie entstehen aus dem Umfeld, in das Menschen geboren werden, in dem sie aufwachsen, leben, arbeiten und älter werden", heisst es in dem Bericht.

Situation "inakzeptabel"

Die Kommission der WHO plädiert für die Finanzierung des Gesundheitssystems aus Steuereinnahmen sowie einen obligatorischen Versicherungsschutz. Es sei "inakzeptabel", dass weltweit 100 Millionen Menschen wegen "katastrophaler" Gesundheitskosten in die Armut gestürzt würden.

Dabei sei der Reichtum eines Landes allein nicht aussagekräftig für die Gesundheitssituation der Bürger. Relativ arme Länder wie Kuba, Costa Rica, Sri Lanka oder China erreichten zufriedenstellende Ergebnisse bei der Gesundheitsvorsorge, heisst es in dem Bericht.

Andererseits spreche die Tatsache, dass 49 Millionen US-Bürger keinen Versicherungsschutz hätten, nicht für ein leistungsfähiges und gerechtes Gesundheitssystem in den Vereinigten Staaten, sagte Marmot.

Lob für nordische Länder

Mit leuchtendem Beispiel voran gehen nach Meinung der Kommission die nordischen Länder. Sie verfolgten eine Politik, die Gleichberechtigung, Vollbeschäftigung, gleichen Zugang zu Sozialleistungen und -diensten sowie eine Minimierung sozialer Ausgrenzung fördere.

"Dies ist ein herausragendes Beispiel dessen, was überall auf der Welt geschehen muss", betonten die Experten. Die Überwindung der Gerechtigkeitslücke sei mit entschlossenen globalen Anstrengungen möglich - der Zeitraum einer Generation sei dabei allerdings mehr eine Hoffnung als eine Prognose.

"Beispiellose Führung ist nötig", mahnte WHO-Generaldirektorin Margaret Chan vor allem die Industrieländer: "Gesundheitssysteme werden nicht von selbst gerechter."

(Quelle: sda)